

Günter Albrecht

Soziologie der Obdachlosigkeit: Konsequenzen für die Praxis der Sozialarbeit

»Soziologie der Obdachlosigkeit« – ein Titel für einen Aufsatz, der sich sofort die Frage gefallen lassen muß, ob es etwas Derartiges angesichts des gegenwärtigen Forschungsstandes schon geben kann, vor allem aber, ob der Anspruch, aus einem entsprechenden Fundus von Forschungsergebnissen Konsequenzen für die Sozialarbeit ableiten zu können, auf einer realistischen Einschätzung der Relevanz der Soziologie für gesellschaftliche Praxis beruht (1). Ziel unserer Arbeit soll es sein, aus den wenigen vorliegenden, halbwegs empirisch gesicherten Forschungsarbeiten einige Ergebnisse zu diskutieren, die sich für die Umsetzung in die Praxis der Sozialarbeit eignen könnten. Ferner sollte es angesichts der immer noch recht unerfreulichen Forschungslage von einer gewissen Wichtigkeit sein, die typischen Mängel der bisherigen Forschungen und die Vernachlässigung entscheidender Problemstellungen in der Forschungstätigkeit zu erarbeiten, damit die Entwicklungsrichtung der empirischen Forschung gewisse Orientierungspunkte erhält (2).

Die Darstellung der Forschungslage sollte unseres Erachtens von der Tatsache ausgehen, daß die Ursprünge der Soziologie aufs engste verknüpft sind mit der Ausbildung sozialer Probleme als eines Massenphänomens, das epochale Wandlungen gesamtgesellschaftlichen Ausmaßes indizierte (3). Man könnte also – sehr verkürzt und vereinfacht gefaßt – behaupten, massenhaftes Auftreten von Verelendung und anderen sozialen Notlagen sei eine der Quellen der Motivation gewesen, sich systematisch und erfahrungswissenschaftlich mit der »Gesellschaft« auseinanderzusetzen. Ferner könnte diese Ausgangsbeobachtung die Vermutung aufkommen lassen, die Soziologie habe – eben wegen dieser Entstehungsbedingungen – bis heute eine

Unzahl von gesicherten Forschungsergebnissen zur Frage der Armut, der Verelendung, der Kriminalität, der Obdachlosigkeit etc. vorzuweisen; doch dem ist nicht so (4). Im Gegenteil: Noch im Jahre 1968 mußte der Verfasser erleben, daß die Mehrheit der Assistentenkollegen an einer wegen ihrer nahezu berühmten Soziologenschaft bekannten Universität sehr erstaunt, ja geradezu indigniert zur Kenntnis nahm, daß er eine Lehrveranstaltung »Zur Soziologie der Armut« ankündigte, und sogar ernsthaft bezweifelte, daß es sinnvoll sei, ein solches Vorhaben ins Auge zu fassen. Mit gleichem Mißbehagen nahm man wenige Zeit später die Übernahme eines Forschungsprojektes zur Obdachlosigkeit zur Notiz.

Diese Beobachtungen machten mir damals überaus klar, daß die Soziologie seit ihrer Entstehung viele Stadien durchlaufen hat, in denen sie sich sozialen Problemen wie Armut und ihren Begleiterscheinungen (wie z. B. Obdachlosigkeit) verschloß, ja, daß offensichtlich die Reputation der Soziologen innerhalb ihres eigenen Berufsstandes um so größer ist, je weiter sie sich in ihren Forschungsarbeiten von sozialen Problemen dieser Art »absetzen«.

Die zunehmende Akademisierung und Professionalisierung der Soziologie hat also offensichtlich auch die Auswahl der Forschungsobjekte dieser Disziplin beeinflusst. Diese Entwicklung macht verständlich, warum bis jetzt innerhalb der Disziplin, die sich als Soziologie versteht, nur wenige fundierte Arbeiten zu einem solchen sozialen Problem wie Obdachlosigkeit vorliegen.

Nun könnte man – entschuldigend? – anführen, daß sich durch die Professionalisierungs- und Spezialisierungsprozesse eben eine Entwicklung angebahnt habe, die bestimmte Forschungsbereiche bzw. Wissenschaftsbereiche in andere, neuere, ja auch konkurrierende Disziplinen verlagerte, also z. B. aus der Soziologie in die Sozialpolitik und in die Sozialarbeit, so daß der Verzicht der Soziologie ohne bedeutsame Konsequenzen bleibe. Das aber wäre eine Argumentation, die sich leicht als fragwürdig erweisen ließe und weiter unten auch erwiesen werden soll.

Tatsache jedenfalls ist, daß sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre erst langsam, dann immer schneller das Interesse der Sozialwissenschaften (und damit

auch das der Soziologie) auf Fragen der Armut und auch der Obdachlosigkeit richtete, nachdem zunächst in der Bundesrepublik nur sehr sporadisch von Sozialpolitikern und Sozialarbeitern Untersuchungen vorgelegt worden waren (5). Nicht, daß diesen Studien ihr Wert und ihr Verdienst bestritten werden soll, aber sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich auf reine (sozial-demographische) Deskription der vorgefundenen Realität beschränkten bzw. auf eine Aufarbeitung des Problems aus der Perspektive des in der konkreten Sozialarbeit bzw. Verwaltungsarbeit Stehenden verlegten bzw. nur vorsichtige Ausflüge in den Bereich der systematischen sozialwissenschaftlichen Theorie wagten (6). Immerhin haben diese Arbeiten dazu beigetragen, daß empirische Materialien für die Konzeption weiterer Forschungen vorlagen und somit einen fundierten Einstieg in den Problemkreis erlaubten. Die alsdann einsetzende systematische Erforschung wurde wohl dadurch angeregt, daß die verschiedenen Kommunen in der BRD erkennen mußten, daß die traditionellen Mittel der Sozialarbeit im Bereich der Obdachlosenarbeit nicht geeignet waren, die Zahl der Obdachlosen weiter erheblich zu verringern, und aus diesem Grunde auf dem Wege der wissenschaftlichen Erforschung und Beratung nach neuen Strategien zur Lösung dieses Problems suchen wollten. Vor der Tatsache, daß die erst vor relativ kurzer Zeit etablierten Richtlinien zur Behandlung der Obdachlosigkeit, die einen offiziellen Charakter erhalten hatten (7), nicht adäquat waren, konnten die Sozialämter nicht ihre Augen verschließen. Die von diesen Instanzen angeregten Forschungsarbeiten haben u. E. einige Ergebnisse hervorgebracht, die zumindest gewisse Schlüsse für die Praxis nahelegen, so daß wir sie hier kurz zusammenfassen wollen. Die dabei getroffene Auswahl der Arbeiten erhebt nicht den Anspruch vollständig oder auch nur repräsentativ zu sein. Sie erfolgte z. T. pragmatisch, z. T. unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit der Publikationen (8).

● Es dürfte klar sein, daß wir in unserer weiteren Darstellung nur sehr knapp und thesenartig auf die entsprechenden Studien eingehen können und zur weiteren

Information auf die Originalberichte verweisen müssen.

1. Ein wesentliches Ergebnis verschiedener Studien besteht in der Aufdeckung der Tatsache, daß sich durch die langjährige Erfahrung mit der »totalen Institution« (9) Obdachlosenunterkunft im Bewußtsein der Betroffenen ein gewisses Abhängigkeitsgefühl ausbildet, das sich im Fehlen der Bereitschaft und der Fähigkeit zu autonomen Entscheidungen äußert, das Erkennen der eigenen Verantwortlichkeit (bzw. präziser das Erkennen von Chancen zur Verbesserung der eigenen Lage) erheblich vermindert. Eine von uns – mehr oder weniger improvisiert – konstruierte Skala, die sich an Skalen von Srole (10), Strodtbeck (11), Kahl (12), Rosen (13) und Scanzoni (14) orientierte, sollte das messen, was Srole ebenfalls zu messen beabsichtigte, nämlich »Anomie«, also den Tatbestand, daß Personen das Gefühl haben, a) »die da oben« stünden den Bedürfnissen und Anliegen des einzelnen Menschen gleichgültig gegenüber, b) die sozialen Verhältnisse seien ungewiß und in Unordnung geraten, c) die Lebensziele ließen sich ohnehin nicht verwirklichen, d) man sei als Person wertlos, e) man könne nicht auf die Unterstützung anderer rechnen (15). Obwohl wir uns nach neueren Forschungsergebnissen (16) darüber klar sind, daß die verwendeten Skalen bzw. die Verwendung von Skalentypen dieser Art problematisch sind, glauben wir doch, daß die erzielten Ergebnisse zumindest tendenziell die Aussage bestätigen: Mit zunehmender Dauer des Aufenthaltes in einer Obdachlosenunterkunft nimmt die Anomie der Bewohner zu (Tabelle 1). Weniger eindeutig ist das Ergebnis der Befragung in dieser Hinsicht bei den ehemaligen Obdachlosen, die nicht mehr in einer Unterkunft leben müssen (Tabelle 2). Hier treten gewisse Inkonsistenzen insofern auf, als diejenigen, die viele Jahre in einer Unterkunft waren, also z. B. 10–12 Jahre, solche Personen sein können, die schon 1960 aus einer Unterkunft in eine Normalwohnung gelangten, aber auch solche, die erst zu Beginn des Jahres 1968 in eine Normalwohnung einziehen konnten. Da mit Fug und Recht eine nicht-lineare Beziehung zwischen der Länge der Zeit, während der der ehemalige Obdachlose nicht mehr in Notunter-

Tabelle 1:

Dauer des Unterkunft-Aufenthaltes von heute (1968) noch Obdachlosen und Anomie
(in v. H.) (17)
Länge des Unterkunftsufenthaltes in Jahren

Anomiewert	bis 12	13	14	15	16 Jahre und mehr
Hoher Anomiewert	44,2	50,0	60,0	62,5	64,3
Niedriger Anomiewert	55,8	50,0	40,0	37,5	35,7
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(N =)	(43)	(14)	(10)	(8)	(14)

Tabelle 2:

Dauer des Unterkunft-Aufenthaltes und Anomie von ehemaligen Obdachlosen
im Jahre 1968 (in v. H.) (18)

Länge des Unterkunftsufenthaltes

Anomiewert	1-2	3-4	5-6	7-9	10-12	13-14 Jahre
Hoher Anomiewert	44,4	45,0	75,0	75,0	46,1	60,0
Niedriger Anomiewert	55,6	55,0	25,0	25,0	53,9	40,0
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
(N =)	(18)	(20)	(12)	(12)	(13)	(5)

künften wohnt, und dem Grad der Anomie angenommen werden darf, ergeben sich sehr komplexe Beziehungen zwischen den genannten Variablen, denen wir wegen der geringen Fallzahl nicht weiter nachgehen können. Dichotomisieren wir die Variablenausprägungen der »Länge der Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft« in die Kategorien »1-4 Jahre« und »5 und mehr Jahre«, dann ergibt sich die folgende Verteilung in Tabelle 3.

Damit ist im großen und ganzen auch für ehemalige Obdachlose nachgewiesen, daß es eine recht deutliche Beziehung zwischen der Länge der Zeit, die Personen in einer Notunterkunft verbringen müssen, und dem Grad ihrer Anomie gibt.

Nun läßt sich dieser Sachverhalt natürlich prinzipiell auf zweifache Weise interpretieren, nämlich einmal durch die sog. »Drift-Hypothese« und zum anderen durch die »Brut-Hypothese«. Erstere würde darauf hinauslaufen zu behaupten, der größere Anteil hoch-anomischer Personen bei den lange in einer Obdach-

losenunterkunft Lebenden resultiere daher, daß die weniger anomischen Individuen eben – entsprechend dem Grad ihrer Anomie – bei ihren Versuchen, wieder in eine Normalwohnung zu gelangen, eher erfolgreich seien als die stärker anomischen Personen, so daß nach und

Tabelle 3:

Dauer des Unterkunft-Aufenthaltes und Grad der Anomie (1968) von ehemaligen Obdachlosen (in v. H.) (19)

Unterkunfts-Aufenthalt in Jahren

Anomiewert	1-4 Jahre	5 und mehr Jahre
Hoher Anomiewert	44,7	64,3
Niedriger Anomiewert	55,3	35,7
	100,0	100,0
(N =)	(38)	(42)

nach die immer schon hoch anomischen Personen übrig blieben. Die zweite Hypothese würde postulieren, daß – im Idealfall – alle ehemaligen Obdachlosen ursprünglich gleich stark, bzw. gleich schwach, anomisch waren, aber dadurch, daß einigen von ihnen keine Wohnung zur Verfügung gestellt wurde, so daß sie längere Zeit in Unterkünften hausen mußten, in unterschiedlichem Ausmaß anomisch wurden, je nach der Länge der ihnen in den Unterkünften zugemuteten Zeit. Prinzipiell erlauben unsere Daten *keine* definitive Entscheidung darüber, welche Interpretation richtig ist. Zu betonen ist außerdem, daß beide Hypothesen sich nicht prinzipiell ausschließen, sondern – vielleicht sogar richtigerweise – kombinierbar sind. Wäre zu erwarten, daß die Anomie nach dem Wechsel in eine Normalwohnung *linear abnimmt*, dann könnte diese Frage auch mit unseren Daten einer Klärung zugeführt werden. Aber es sprechen einige Ergebnisse sozialpsychologischer Forschungen dafür, daß nach dem Überwechseln in eine Normalwohnung die Anomie der betreffenden Personen nicht zurückgeht, sondern im Gegenteil für eine kurze Phase der Readaptation sogar noch zunimmt, dann allmählich geringer wird, möglicherweise nach mehreren Jahren unter dem Eindruck der erneuten Kumulierung von Schwierigkeiten wieder ansteigt, bei einer Nichtbewältigung dieser Probleme zu einer erneuten Einweisung führt, bei Bewältigung dieser Situation jedoch die endgültige »Konsolidierung« eintritt. Unsere Daten deuten auf die Richtigkeit dieser Annahmen hin (Tabelle 4).

Da unsere Daten eine endgültige Entscheidung dieser Frage nicht zulassen,

läge es nahe, auf Grund sonstigen Wissens die Plausibilität der beiden Erklärungsansätze abzuwägen. Ohne daß wir hier im einzelnen die Forschungsbelege entfalten könnten, möchten wir festhalten, daß beide Hypothesen eine erhebliche Zahl von Belegen für sich verbuchen können, so daß wir der Alternative »Kombination beider Hypothesen« zuneigen. Wir werden weiter unten versuchen, durch eine andere Untersuchung dieser Entscheidung näher zu kommen.

2.

Unabhängig von der Entscheidung der oben offen gebliebenen Frage stellt sich jedoch weiter heraus, daß mit dem Grad der Anomie der Obdachlosen auch der Grad des »Sich-Einrichtens« in der Unterkunft zunimmt (Tabelle 5).

Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab, wenn man der Frage nachgeht, mit welcher voraussichtlichen Dauer des Verbleibens in der Obdachlosenunterkunft die Obdachlosen selbst rechnen bzw. wie diese Einschätzung mit dem Grad ihrer Anomie korreliert. Dabei zeigt sich, daß mit der Stärke der Anomie eines Obdachlosen die Wahrscheinlichkeit einer resignativen Definition der Situation wächst (Tabelle 6).

Die Obdachlosen beurteilen die Chancen eines Wechsels in eine Normalwohnung mit zunehmender Anomie – realistischere? – immer skeptischer. Selbst wenn diese subjektive Definition nicht stimmen würde, so sind mit großer Sicherheit die Konsequenzen dieser Situationsdefinition so, daß sie diese Erwartungshaltung bestätigen (23). Generell läßt sich belegen, daß sich in bezug auf Apathie und Resignation bzw. Pessimismus Obdachlose und ehemalige Obdachlose ganz erheblich unterscheiden,

Tabelle 4:

Entlassungszeit aus der Unterkunft und die Stärke der Anomie bei den nicht mehr Obdachlosen (1968) (in v. H.)

Stärke der Anomie	Frühe Entlassung (1959–1961)	Mittlere Entlassungszeit (1962–1964)	Späte Entlassungszeit (1965–1968)
Hohe Anomie	47,5	65,2	55,0
Niedrige Anomie	52,5	34,8	45,0
	100,0	100,0	100,0
(N =)	(40)	(23)	(20)

Tabelle 5:
Grad der Anomie und Zufriedenheit mit
den Wohnverhältnissen bei den noch
Obdachlosen (in v. H.) (21)

Zufriedenheit	Hoher Anomiewert	Niedriger Anomiewert
Im allgemeinen zufrieden	63,9	45,4
Unzufrieden	36,1	54,6
	100,0	100,0
(N =)	(47)	(44)

wie aus den Daten in Tabelle 7 hervor-
geht.

War bisher die Frage noch offen, ob
wir die Drifthypothese bzw. die »breeder-
Hypothese« bzw. eine Kombination die-
ser beiden akzeptieren sollten, so klärt
sich diese Frage ein wenig angesichts
der Analyse der Schulbildung der schulpflichtigen Kinder der Befragten unserer
Panelbefragung in den Jahren 1959 und
1968. Dabei ergibt sich nämlich das fol-
gende Bild (Tabelle 8).

Diese Tabelle muß so interpretiert wer-
den, daß die Ausgangssituation für ehe-
malige Obdachlose und noch Obdach-
lose *sehr* ähnlich gewesen ist, daß sich
jedoch durch die verlängerte Obdachlo-
sigkeit die Schulbildung der Kinder der
Obdachlosen erheblich verschlechtert,
die der Kinder der nicht mehr Obdachlo-
sen sich jedoch eher *verbessert* hat. (Vgl.
jeweils die Daten für beide Populationen
1959 und die Änderungen bis 1968!). Es
ist kaum sinnvoll anzunehmen, daß die
Schulbildung der noch schulpflichtigen
Kinder die Frage des Verlassens bzw.

Tabelle 6:
Voraussichtliche Dauer des Unterkunft-
aufenthaltes aus der Sicht der Obdach-
losen und Grad der Anomie (1968) (in
v. H.) (22)

Voraussichtliche Dauer des Unter- kunftaufenthaltes	Hohe Anomie	Niedrige Anomie
Resignative, apathische Antworten	67,0	55,0
Konkrete Vorstellungen	33,0	45,0
	100,0	100,0
(N =)	(45)	(40)

Tabelle 7:
„Der Erfolg eines Menschen ist vorherbe-
stimmt; es hat deshalb keinen Zweck,
gegen sein Schicksal zu kämpfen“ (1968)
(in v. H.) (24)

Stellungnahme	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose
Voll zustimmen	50,5	32,2
Teilweise zustimmen	12,9	22,2
Teilweise ablehnen	8,6	10,0
Voll ablehnen	21,5	32,2
k. A. etc.	6,5	3,3
	100,0	99,9
(N =)	(93)	(90)

Tabelle 8:
Schulbildung der schulpflichtigen Kinder unserer Befragten 1959 und 1968 (nach Familien)
(25)

Schulbildung	Obdachlose		Nicht mehr Obdachlose	
	1959	1968	1959	1968
Volksschule	91	62	93	73
Handels-, Real-, höhere Schule	2	2	3	15
Hilfsschule (Sonderschule)	7	36	3	12
	100,0	100,0	99,0	100,0
(N =)	(93)	(90)	(89)	(66)

Nichtverlassens der Obdachlosenunterkunft beeinflußt, wohl aber, daß die umgekehrte Relation vorliegt. Dieses Ergebnis läßt erwarten, daß die »breeder-Hypothese« der Selektionshypothese vorzuziehen ist.

Keine entscheidende Unterstützung erhält unsere »breeder-Hypothese« durch die von Fritz Haag (26) berichteten Daten. Er untersuchte den »Zusammenhang, der zwischen dem Wunsch, auch unter der Bedingung finanzieller Einschränkungen so schnell wie möglich fortzuziehen, und der Dauer des Aufenthaltes in der Wohnunterkunft besteht. Der kleinere Anteil von 18 % der Familien, die unter diesen Bedingungen *nicht* fortziehen würden, lebt zu 23 % unter 3 Jahren und zu 77 % über 3 Jahre in der Wohnunterkunft, während der größere Anteil von 82 % der Familien, die fortziehen wollen, zu 54 % weniger und zu 46 % mehr als 3 Jahre in der Wohnunterkunft lebt« (27). Noch näher in den Bereich unserer oben aufgestellten Hypothesen rückt Haag (28) bei seiner Analyse der Beziehung zwischen Mißerfolgsorientierung (29) und Dauer des Aufenthaltes in der Wohnunterkunft. 28 % der befragten Obdachlosen waren der Ansicht, daß sie es allein nicht schaffen würden, aus der Wohnunterkunft wieder herauszukommen, und von diesen 28 % der Gesamtheit, die ein Herauskommen aus der Unterkunft für aussichtslos hielten, »lebten 71 % länger als drei Jahre in der Unterkunft, von denjenigen, die es nicht für aussichtslos halten, nur 44 %. Auch hier ergeben sich weitere Anhaltspunkte für die Annahme, daß bei zunehmender Dauer des Aufenthalts »Hoffnung auf Erfolg« verfliegt und Situationserwartungen mißerfolgsbestimmt werden« (30). Nun, zunächst ist es erfreulich, daß die Zusammenhänge zwischen Dauer des Lebens in der Wohnunterkunft und Anomie, Mißerfolgsorientierung, Apathie etc. durch eine Vielfalt von Daten bestätigt werden, wenn wir auch nur sehr indirekt belegen können, daß als unabhängige Variable eher die Dauer der Unterbringung in der Wohnunterkunft als die Anomie etc. anzusehen ist. Weiter unten wollen wir zeigen, daß – unabhängig von der Richtung dieses Zusammenhanges – bisherige Praxismodelle der Sozialarbeit durch diese Ergebnisse fragwürdig werden.

● Eine zentrale Aussage bzw. Annahme der Soziologie der Armut bzw. der Obdachlosigkeit (31) läuft darauf hinaus, daß die Armutsviertel oder Armenasyle sich durch die soziale Homogenität und durch die vermeintliche psychische und ökonomische Ähnlichkeit, durch die räumliche Enge etc., durch eine hohe Interaktionsdichte und große soziale Integration in den Asylen auszeichnen. Nun, für die These, daß die Obdachlosen sehr in ihrem Kommunikationsfeld auf Personen in den Asylen eingeschränkt sind, sprechen sowohl Primärerfahrung als auch Forschungsergebnisse: So berichteten z. B. 1959, also zu einer Zeit, als Kinobesuche noch mit großer Regelmäßigkeit und Häufigkeit durch die »Normal-Bevölkerung« gepflegt wurden, ca. 65 % der damaligen Kölner Obdachlosen, daß sie nie ein Kino besuchten (32), obwohl damals nur ca. 3 % der Obdachlosen ein Fernsehgerät besaßen (33). Ja, noch 1968 nannten ehemalige Obdachlose lediglich zu ca. 20 % Aktivitäten innerhalb der Freizeit, die mit einem Aufenthalt außerhalb der Wohnung verbunden waren, während die gleiche Zahl für die Obdachlosen, die ja »wohnungsmäßig« außerordentlich beengt waren, bei 21 % lag (34)!

Auch die Frage nach den sozialen Kontakten zu Personen, die nicht im gleichen Haus (bei den Obdachlosen also: nicht innerhalb der Siedlung) wie die Befragten wohnten, ergab ein recht eindeutiges Bild (Tabelle 9).

Zwar hat sich ganz offensichtlich eine gewisse »Integration« – wenigstens per bekanntschaftlichem Kontakt – in die weitere soziale Umgebung sowohl bei den Obdachlosen als auch bei den nicht mehr Obdachlosen Personen in den Jahren zwischen 1959 und 1968 ergeben, doch bleiben immer noch rund $\frac{2}{3}$ aller Befragten ohne jeden sozialen Kontakt zu Personen außerhalb ihres Hauses! Allerdings sind diese Zahlen für Obdachlose und ehemalige Obdachlose trotz ihrer zahlenmäßigen Ähnlichkeit u. U. unterschiedlich zu interpretieren. Die Kontakte der Obdachlosen innerhalb ihres Hauses sind in jedem Fall Kontakte zu ebenfalls Desintegrierten, Stigmatisierten etc., während die Kontakte der ehemaligen Obdachlosen innerhalb ihres Wohnhauses potentiell Kontakte zur »Normalbevölkerung« sein könnten, wenn auch einiges dafür spricht, daß auch die übrige

Tabelle 9:

Anteil von Personen, die Bekannte außerhalb ihres Hauses gefunden haben, für ehemalige Obdachlose und noch Obdachlose in den Jahren 1959 und 1968 (in v. H.) (35)

Kontakte außerhalb	Obdachlose		Nicht mehr Obdachlose	
	1959	1968	1959	1968
Ja	17,2	33,3	11,1	34,4
Nein	82,8	65,6	88,9	65,6
keine Angabe	–	1,1	–	–
	100,0	100,0	100,0	100,0
(N =)	(93)	(93)	(90)	(90)

gen Hausbewohner ehemalige Problemfamilien sind.

Wer allerdings aus der Tatsache, daß das Kommunikationsfeld der Obdachlosen (erzwungenermaßen) die Siedlung selbst ist, schließt, daß dieses auch das soziale Bezugsfeld der Obdachlosen ist, sieht sich getäuscht. Eine Vielzahl von Daten läßt sich nämlich gegen diese These anführen. So berichtet Fritz Haag: »Weil sie in einem von manchen Leuten so bezeichneten »Asozialen-Lager« wohnen, wollen 71 % wegziehen (Frage 25), denn sie werden überall, »in den Zeitungen, bei der Arbeit denunziert.« (36).« Weiter führt Fritz Haag aus: »Die Grundeinstellung bei 93 % der Familien ist, man sagt den anderen nur »guten Tag und guten Weg« und kümmert sich weiter nicht um sie (Frage 16), wobei 73 % sagen, daß sie hier mit Leuten zusammenleben müßten, mit denen sie sonst ganz und gar nichts zu tun haben wollten (Frage 15), und 62 % lehnen den Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen mit möglichst vielen Familien ab (Frage 13): »kümmere mich um gar keinen«, »komme mit keinem zusammen«, »gehe zu keinem«. Dennoch haben 39 % der Familien ein paar gute Bekannte in der Wohnunterkunft, mit denen sie besonders gern zusammenkommen –, »zwei, drei Familien«, »eine Freundin«, aber 61 % lehnen auch diese kleinen Subgruppen ab (Frage 35) (37).« Haag kann ferner darauf verweisen, daß 71 % der Familien in der Wohnunterkunft keine Freunde oder Bekannte haben, mit denen sie noch zusammenkommen würden, wenn sie einmal aus der Wohnunterkunft herauskommen sollten, ja, daß 84 % es ablehnen würden, mit anderen Familien aus der Notunterkunft wieder in einer Gegend zu wohnen (38). Eine ähnliche Bewertung

der unmittelbaren Nachbarn wird bei Haag (39) auch dadurch belegt, daß die Mehrheit der Eltern das Spielen ihrer Kinder mit anderen Kindern aus der Siedlung negativ beurteilt. Die Vermutung, daß diese Aussagen möglicherweise keinen Realitätsbezug haben, wird widerlegt durch die Ergebnisse der Befragung ehemaliger Obdachloser, die auf die Frage: »Haben Sie noch Verbindung zu Familien, die noch in Unterkünften wohnen?«, wie folgt antworteten (40) (Tabelle 10).

Aber auch die Kontakte zu anderen ehemaligen Obdachlosen sind sehr begrenzt (41) (Tabelle 11).

Ein solches Ergebnis ist nur zu erklären durch eine bewußte Absetzung vom ehemaligen Kommunikationsfeld »Obdachlosenunterkunft«, die deutlich

Tabelle 10:

Ja	13,8
Nein	86,2
keine Antwort etc.	–
	100,0
(N =)	(58)

Tabelle 11:

Haben Sie in Ihrer näheren Umgebung freundschaftliche Beziehungen zu Familien oder Bekannten, die ebenfalls einmal in Unterkünften gewohnt haben? (Befragt wurden nur ehemalige Obdachlose)

Ja	17,2
Nein	79,3
keine Antwort etc.	3,5
	100,0
(N =)	(58)

macht, daß dieses Kommunikationsfeld in der Regel auch nicht soziales Bezugsfeld der Obdachlosen gewesen ist. Das spiegelt sich auch in der *vermuteten* Einschätzung der Obdachlosenunterkunft durch »signifikante andere«, z. B. durch Verwandte, wider (Tabelle 12).

Sowohl die Daten Haags als auch unsere Daten belegen damit die von Haag formulierte Hypothese: »Das Kommunikationsfeld der Wohnunterkunft ist für den größeren Anteil der dort lebenden Familien, der zwischen 65 % und 75 %, im Mittel bei 70 % erwartet werden kann, nicht soziales Bezugsfeld, in dem sie positiv und normativ verankert sind (43).« Wie wir weiter unten zeigen wollen, kann dieses Ergebnis nur so verstanden werden, daß bisherige Praxismodelle der Sozialarbeit mit Obdachlosen obsolet sind.

Eine weitere interessante Beziehung stellt sich bei unseren Untersuchungen zwischen Kommunikationsfeld, sozialem Bezugsfeld, Anomie und Problemlösungsverhalten heraus. Bei der von Haag durchgeführten Faktorenanalyse ergab sich nur eine gewisse Bestätigung für die von ihm formulierte Hypothese, daß diejenigen Familien, für die das Kommunikationsfeld der Wohnunterkunft nicht sozia-

les Bezugsfeld ist und die vergleichsweise weniger mißerfolgsorientiert sind als die Familien, für die das Kommunikationsfeld der Wohnunterkunft auch soziales Bezugsfeld ist, in von ihnen als unbestimmt, unstrukturiert und restriktiv wahrgenommenen Situationen vergleichsweise weniger Problemvermeidungsstrategien anwenden (44). Doch läßt sich auch an Hand unserer Daten eine Bestätigung dieser These erkennen, selbst wenn ihr keine zwingende Eindeutigkeit zukommt. Dies sei hier stichwortartig illustriert: Ehemalige Obdachlose waren weniger gut in die Obdachlosenunterkunft integriert als die jetzt noch Obdachlosen, die Beurteilungserwartung der Siedlungen war bei noch Obdachlosen weniger negativ als bei den ehemaligen Obdachlosen, mit einiger Sicherheit waren die ehemaligen Obdachlosen (zumindest etwas) weniger anomisch als die jetzt noch Obdachlosen, die ehemaligen Obdachlosen waren realitätsnäher bei ihren Versuchen, durch Appellation an übergeordnete Stellen aus den Unterkünften herauszukommen, ja, sie schätzten auch die Effektivität dieser Bemühungen realistischer ein (Tabellen 13 und 14).

Zu diesen Tatbeständen ist u. E. folgende Interpretation zu wählen: Das

Tabelle 12:

Was glauben Sie, halten Ihre Verwandten vom Wohnen in einer Obdachlosenunterkunft? (in v. H.) (42)

	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose	Insgesamt
Wissen nicht, wie das ist	4,3	10,0	7,1
Sind gleichgültig, interessieren sich nicht dafür	4,3	5,6	4,9
Finden nichts Nachteiliges daran	6,5	6,7	6,6
Würden auch in eine Unterkunft ziehen	-	-	-
Kritisieren die Zustände	41,9	20,0	31,2
Sind entsetzt über diese Verhältnisse	25,8	38,9	32,2
Andere Antwort	8,6	10,0	9,3
Keine Antwort etc.	8,6	8,9	8,7
(N =)	100,0 (93)	100,1 (90)	100,0 (183)

Schreiben an und Bitten bei »übergeordneten« politischen Instanzen kann nicht als instrumentelles Handeln auf Grund rationaler Überlegungen angesehen werden, da in der Regel daraus nichts als wertlose Bekundungen der Anteilnahme etc. resultieren. Tatsächlich wählten *noch* Obdachlose diesen Weg häufiger als *ehemalige* Obdachlose. Trotz der geringen Fallzahlen zeichnet sich darüber hinaus in Tab. 14 ab, daß die Appelle der Obdachlosen besonders häufig an solche Instanzen gerichtet werden, deren Zuständigkeit mit dem Pro-

blem Obdachlosigkeit (wenn natürlich auch nur vordergründig) nichts zu tun hat, die jedenfalls keine konkreten Hilfen im Einzelfall leisten können, kurz: Diese »Selbsthilfeversuche« zeichneten sich bei den noch Obdachlosen durch ein größeres Maß an Irrationalität des Problemlösungsverhaltens aus als bei denjenigen damaligen Obdachlosen, die 1968 keine Obdachlosen mehr waren. Interessant ist jedoch vor allem, daß die immer noch Obdachlosen 1959 in erheblich höherem Maße glaubten, mit ihren Beschwerden Erfolg gehabt zu haben,

Tabelle 13:

Haben Sie vielleicht schon mal an eine Partei oder Regierungsstelle geschrieben, damit Sie eine bessere Unterkunft erhalten? (in v. H.) (45)

	Obdachlose	Nicht-Obdachlose	Insgesamt
Ja	26,9	18,9	22,9
Nein	73,1	81,1	77,1
(N =)	100,0 (93)	100,0 (90)	100,0 (183)

Tabelle 14:

An wen haben Sie sich gewendet? (in v. H.) (46)

	Obdachlose	Nicht-Obdachlose	Insgesamt
Parteifraktion	9,5	25,0	17,1
Stadtverordneter	4,8	-	2,4
Oberbürgermeister, Oberstadtdirektor	-	20,0	9,8
Bundeskanzler, Bundespräsident, Minister	85,7	55,0	70,7
(N =)	100,0 (21)	100,0 (20)	100,0 (41)

Tabelle 15:

Hatten Sie mit Ihrer Bitte oder Beschwerde Erfolg? (in v. H.) (47)

	Obdachlose	Nicht-Obdachlose	Insgesamt
Ja	60,0	35,3	50,0
Nein	40,0	64,7	50,0
(N =)	100,0 (25)	100,0 (17)	100,0 (42)

Tabelle 16:
Was machten Sie in einem solchen Fall, wenn Ihnen mal der Kragen platzte? (in v. H.) (48)

	Obdachlose	Nicht mehr Obdachlose	Insgesamt
Verprügelte ihn	13,9	3,9	9,7
Holte Polizei	8,3	–	4,8
Holte Hauswart	8,3	3,9	6,5
Meldete es der Stadt, dem Hauseigentümer	–	11,5	4,8
Drehte den Spieß um: Wie du mir, so ich dir	8,3	15,4	11,3
Spreche mit dem Betreffenden und versuche, ihn zur Vernunft zu bringen	22,2	42,3	30,6
Andere Antworten	38,9	23,1	32,3
	99,9	100,1	100,0
(N =)	(36)	(26)	(62)

als diejenigen Obdachlosen, die 1968 nicht mehr obdachlos waren. Auch hier zeigt sich also die geringere Realitätsbezogenheit derjenigen Personen, die langfristig obdachlos blieben. Ergänzt wird dieses Bild durch die Beobachtung, daß sich Obdachlose und ehemalige Obdachlose in Konfliktsituationen mit ihren Nachbarn in der Siedlung sehr unterschiedlich verhalten zu haben berichteten (abgesehen davon, daß diese Konflikte unterschiedlich häufig bei Obdachlosen und ehemaligen Obdachlosen auftraten) (Tabelle 16).

Bei den nicht mehr Obdachlosen zeigt

sich ein entschieden rationales, weniger mit Aggressivität verbundenes Problemlösungsverhalten als bei den noch Obdachlosen. Wichtig dürfte ferner ein Ergebnis der Untersuchung von Peter Höhmann sein, daß eine recht eindeutige Beziehung zwischen der Integration in die Lokalgemeinde (in diesem Falle der Kölner Ortsteil Poll) und der Resignation der Obdachlosen besteht (Tabelle 17).

● Wir haben uns bisher vornehmlich an den Ergebnissen dreier empirischer Untersuchungen orientiert und täten gut daran,

Tabelle 17:
Integration in Poll und Resignation (in v. H.) (49)

Resignation	keine (0)	Integration gering (1)	stark (2–6)
Stark	53,6	46,4	38,7
Schwach	43,7	53,6	61,3
	100,0*	100,0	100,0
(N =)	(48)	(28)	(31)

*) [Die Prozentzahlen gehen offensichtlich nicht auf 100,0 Prozent auf. Es dürfte sich bei Höhmann ein Schreibfehler eingeschlichen haben, den wir nicht aufklären konnten.]

vor dem Versuch der Ableitung praktischer Ratschläge für die Sozialarbeit die Eigenarten der betreffenden Arbeiten zu reflektieren, um die Aufmerksamkeit auf jene Aspekte zu lenken, die bei entsprechenden Arbeiten meist nicht miterfaßt werden. Zunächst ist hierzu festzuhalten, daß alle drei Untersuchungen im wesentlichen Einstellungsuntersuchungen sind, die sich also mit der Messung der Einstellungen der betreffenden Populationen zu bestimmten sozialen Objekten begnügen, bzw. Untersuchungen, die sich auf die *Aussagen* der betreffenden Befragten über ihr *Verhalten* konzentrieren, also nicht das *tatsächliche* Verhalten an sich zum Gegenstand haben. Beide Spezifizierungen des Idealmodells der Sozialforschung werfen ihre Probleme auf, die nur schwer zu lösen sind. Wie Hans Benninghaus (50) auf Grund einer sehr umfangreichen Literaturdurchsicht feststellt, lassen sich nur sehr begrenzt – wenn überhaupt – Schlüsse von Einstellungsdaten auf tatsächliches Verhalten ziehen, da z. B. eine ganz wesentliche Größe – die soziale Situation – bei derartigen Schlüssen unberücksichtigt bleibt. Haag weist zwar selbst ausdrücklich auf diese Vorbehalte hin (51), kam jedoch damals auf Grund der bis dahin vorliegenden Literatur zu einem optimistischen Ergebnis. Die übrigen Arbeiten verfahren in dieser Frage weitgehend pragmatisch, da der Gegenstand der Untersuchung bzw. die spezifische Fragestellung keine *gangbare* Alternative zuließ. Die zweite Abweichung vom Idealmodell der Sozialforschung wäre zu vermeiden, jedoch u. E. unter Umständen auf Kosten bestimmter Nachteile. Der Aspekt des tatsächlichen Verhaltens wäre durch teilnehmende Beobachtung zweifellos einfacher zu erfassen (52), würde aber weniger präzise erhoben, da quantitative Analysen auf Grund teilnehmender Beobachtung schwierig sind. Hier treten zwei Modelle der Sozialforschung in Konkurrenz, die jeweils unterschiedliche Vorteile und Nachteile aufweisen. Methoden der ethnoscience (53) dürften sich für die Analyse von Armuts- und Obdachlosigkeitsphänomenen als sehr fruchtbar erweisen; da sie in der Regel jedoch in bezug auf die intersubjektive Vergleichbarkeit der Ergebnisse bzw. in bezug auf Quantifizierung bedeutende Probleme aufwerfen, scheinen sie nicht sonderlich geeignet für die sozialpolitische Grundla-

genforschung, da sie (scheinbar?) keine »harten« Daten produzieren. Immerhin zeigten die vielen Studien von Oscar Lewis (54), die auf teilnehmender Beobachtung, autobiographischem Material etc. aufbauten, daß entsprechende Studien von hohem heuristischen Wert für die Hypothesenbildung sein können (55), selbst wenn wiederholt Kritik an den Arbeiten von Lewis aus methodischen Gründen geübt wurde (56). Daß eine solche Vorgehensweise auch in der deutschen Sozialforschung mehr Raum gewährt werden sollte, macht das von Herbert E. Colla publizierte Tonbandprotokoll des Berichtes eines Obdachlosen deutlich (57). Die entscheidende Bedeutung eines solchen Forschungsansatzes bestünde darin, daß die subjektiven Sinnwelten und Typisierungen der betreffenden Population bzw. der sie kontrollierenden Instanzen deutlich würden (58). Der von Peter Höhmann (58a) gewählte Ansatz, die Typisierungen durch traditionelle Sozialforschungsmethoden zu erheben, ist zwar insofern zu loben, als er beide Seiten der Gleichung, nämlich die der Obdachlosen und die der »öffentlichen Meinung« über Obdachlose berücksichtigt, aber eine Ergänzung durch Ansätze, die der ethnoscience nahestehen, wäre dennoch wünschenswert, wenn auch natürlich nicht ohne weiteres leistbar.

Der zweite Punkt, in dem die bisher diskutierten Arbeiten nur zum Teil dem entsprechen, was man voraussetzen müßte, um eine wirklich wissenschaftlich fundierte Sozialpolitik bzw. Sozialarbeit zu betreiben, betrifft den statischen Charakter dieser Analysen. Weder in der Arbeit von Höhmann (59) noch in der Arbeit von Haag (60) finden sich Ansätze zu einer diachronischen Perspektive. Bei meinen (61) bzw. bei den meinen Arbeiten zugrunde liegenden Studien handelt es sich immerhin bereits um eine Panelstudie, doch wird dieser Vorzug wiederum z. T. dadurch verspielt, daß der erste Teil dieses Panels sich als eine rein deskriptive Studie verstand, der keinerlei theoretischer Bezugsrahmen zueigen war. Aus diesem Grund lassen sich an Hand der vorliegenden Daten nur sehr begrenzt Kausalschlüsse ziehen, denn die theoretisch relevanten Fragestellungen wurden erst beim zweiten Teil der Panelstudie in die Untersuchung eingebracht. Darüber hinaus wäre es im Idealfall jedoch erfor-

derlich gewesen, über eine Panelstudie herkömmlichen Charakters hinauszugehen und eine aktionsbegleitende Studie durchzuführen, die es erlaubt hätte, jeweilige Aktionen der Sozialarbeiter bzw. der Sozialpolitiker in ihren Wirkungen zu erfassen etc., um so Kriterien für die Effektivität von Sozialpolitik und Interventionsstrategien zu gewinnen (62). Das aber wäre ein Ideal, das in der deutschen Sozialforschung nur selten erreicht wird, z. T. wohl deshalb, weil die professionellen Sozialforscher methodologische Bedenken vorbringen, die darauf beruhen, daß man annimmt, ein Sozialforscher, der an der Änderung der Realität direkt beteiligt ist, könne kein »distanzierter« Beobachter sein. Daß dieser vermeintliche Nachteil auch positive Seiten haben könnte (63), wird generell übersehen.

Der dritte, besonders wichtige Kritikpunkt, den wir noch kurz abhandeln wollen, betrifft die mangelnde Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Weder bei Höhmann noch bei Haag findet sich eine befriedigend vollständige Einordnung des Problems Obdachlosigkeit in den gesamtgesellschaftlichen Kontext. Bei Höhmann werden entsprechende Fragestellungen lediglich im Rahmen der Lokalgemeinde thematisiert – und das gilt nicht einmal für die Problematik der Ursachen für Obdachlosigkeit. Bei Haag ist in diesem Punkt leider eine Leerstelle, während ich zumindest in *Einzel*punkten eine kritische gesamtgesellschaftliche Perspektive (64) erkennen ließ, obwohl letztlich die Entfaltung dieser Perspektive aus einer kritischen konsistenten Gesellschaftstheorie noch aussteht. Doch dazu weiter unten.

Fassen wir noch einmal kurz die bisherige Diskussion zu einigen der vorliegenden Forschungsarbeiten zusammen, so wird deutlich, daß sie sich in mehrerer Hinsicht durch entscheidende Mängel auszeichnen, die alsbald ausgeräumt werden sollten. Um einen gewissen Ausgleich zu erzielen, wollen wir in sehr geraffter Form einige zusätzliche Ergebnisse vortragen, die wir aus anderen Untersuchungen herausziehen wollen, damit gewisse Konsequenzen für die gesellschaftliche Praxis ableitbar werden.

1.

Es liegen nur sehr schwache Belege dafür vor, daß die Obdachlosigkeit durch

besondere *Persönlichkeitsmerkmale* der Obdachlosen verursacht ist. Selbst die amtliche Statistik berichtet von fast 50 % der Benutzer von Wohnunterkünften, die an ihrer Situation schuldlos sind (65), und diese Statistik berücksichtigt ja nicht, daß sich im möglicherweise für die Einweisung entscheidenden Fehlverhalten der Person die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – wenn auch über recht komplexe Vermittlungsprozesse – reproduzieren. Hinzu kommt, daß nach Haag (66) der Anteil der Wohnparteien, die wegen Mietschulden eingewiesen werden, zunimmt, während der ohnehin relativ geringe Anteil derjenigen, denen ihre Wohnungen wegen Streitereien und Belästigungen (grobmietwidriges Verhalten) fristlos gekündigt wurde, weiter abnimmt. Recht häufig und weiterhin bedeutsam sind bei Haag etwas mißverständlich als »fürsorgerisch« bezeichnete Gründe, die kein moralisches »Verschulden« durch die Eingewiesenen implizieren (z. B. junge Ehepaare, die zunächst bei den Eltern wohnten und dann z. B. aus Raumgründen ausziehen mußten; wirtschaftliche Probleme nach Scheidungen etc.). (Vgl. z. B. die Arbeit von Herbert Hossmann [67].)

2.

Wie aus mehreren Studien hervorgeht, nimmt die Intensität der Bemühungen, eine normale Wohnung zu erhalten, mit der Integration in die Siedlung ab (68). Aus diesem Grunde müßte schon die Einweisung in eine Unterkunft vermieden bzw. so schnell wie möglich nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten gesucht werden. Die Arbeit der Sozialämter bzw. der Sozialarbeiter sollte erheblich stärker als bisher die Obdachlosen bzw. potentiellen Obdachlosen auf alle bisher nicht genutzten Chancen hinweisen. Nicht der Obdachlose bzw. der von Obdachlosigkeit bedrohte sollte seine Rechte klären und irgendwie nach Rechtsmitteln suchen müssen, sondern fachkundige Berater müßten aktiv eingreifen, wenn vorhandene Chancen (möglicherweise aus Unkenntnis) ungenutzt bleiben. Als besonders typisches Beispiel möchte ich die Beratung in Sachen Mietrecht erwähnen. So wird auf Grund umfangreicher Repräsentativbefragungen berichtet, daß zum Jahresende 1972 74 % aller Mieter noch nicht den Inhalt des neuen Mietrechts kennen (69). Wenn das betreffende Meinungsfor-

schungsinstitut gleichzeitig bekanntgibt, daß auch 67 % der Vermieter nichts von ihren Rechten und Pflichten gegenüber ihren Vertragspartnern wissen, so leistet es mit dieser Darstellung einem doppelten Denkfehler Vorschub. Zum einen heißt 67 % der Vermieter nicht 67 % der vermieteten Wohnungen, denn die Großvermieter, die z. T. Eigentümer von Hunderten bzw. Tausenden von Wohnungen sind, schlagen als 1 Vermieter zu Buch, – und die kennen ihre Rechte (vielleicht auch ihre Pflichten). Zum anderen wird in der obengenannten Darstellung nicht zwischen Rechten und Pflichten differenziert. Nach eigener Primärerfahrung trifft die Tatsache, daß man seine Rechte meist besser als seine Pflichten kennt, besonders auf Vermieter zu, denn sie sind gegenüber den Mietern in einer besonders günstigen Situation. So ergaben z. B. Nachforschungen der Stadt München, daß im Jahre 1972 bei ca. $\frac{2}{3}$ der überprüften Wohnungen, die im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus gebaut worden waren, zu hohe Mieten gefordert wurden. Ein weiteres Beispiel dafür, daß eine Beratung in nicht unerheblichem Maße die Entstehung von Obdachlosigkeit verhindern könnte, läßt sich am Problem des Wohngeldes demonstrieren. So verschenken z. B. die Münchner Mieter ca. 10 Millionen Mark pro Jahr, da sie ihren Rechtsanspruch auf Wohngeld nicht wahrnehmen (70). Nach amtlichen Schätzungen kann man von 5–10 Prozent Empfangsberechtigten in Großstädten ausgehen, doch in vielen Fällen ergibt sich nicht einmal eine Quote von 5 Prozent, so daß man davon ausgehen kann, daß ca. 5 % der Bevölkerung ihren Anspruch nicht geltend machen. Andererseits sind gestellte Anträge in ca. 75 % aller Fälle erfolgreich. Berechnet man diese Quoten und berücksichtigt man, daß man im allgemeinen von einer Rate von 2 bis 3 % Obdachlose pro Normalbevölkerung ausgehen kann, so ergibt sich eine merkwürdige Identität der Zahlen und die darauf begründete Vermutung, daß ein beträchtlicher Teil der Obdachlosen wegen dieser Nichtwahrnehmung von Rechtsansprüchen in Schwierigkeiten geraten ist. 3.

Die vorliegenden Studien belegen, daß ein ganzes Bündel von wirtschaftlichen, sozialen und psychischen Faktoren für die Obdachlosigkeit verantwortlich ist.

Daher sollte Sozialarbeit in diesem Problembereich auch eine Behandlung dieses gesamten Faktorenbündels darstellen. Es verbietet sich daher geradezu, traditionelle Sozialarbeit in der Form der Einzelfallhilfe als alleinige bzw. dominante Form der Intervention zu konzipieren, denn ihr entgehen die wesentlichen Dimensionen der Verursachung von Obdachlosigkeit (Kapitalistischer Städtebau, Boden- und Mietrecht, Sanierungspolitik etc.) (71). Ob es allerdings allein mit der Ausweitung auf Gemeinwesenarbeit getan ist (72), mag mit Fug und Recht bestritten werden, denn in vielen Fällen sind die Kommunen bzw. die unteren Planungsinstanzen selbst nicht in der Lage, sich den kapitalistischen Marktbedingungen, die von ökologischer Relevanz sind, erfolgreich entgegenzustellen. Aus diesem Grunde läuft – gegen den Willen der städtischen Behörden – nach wie vor das ab, was Friedrich Engels schon 1872 mit bewundernswerter Klarheit schilderte: »Geradeso ist es mit der Wohnungsnot. Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauf errichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andere. Dies geschieht vor allem mit zentral gelegenen Arbeiterwohnungen, deren Miete, selbst bei der größten Überfüllung, nie oder doch nur äußerst langsam über ein gewisses Maximum hinausgehen kann. Man reißt sie nieder und baut Läden, Warenlager, öffentliche Gebäude an ihrer Stelle. Der Bonapartismus hat durch seinen Haussmann in Paris diese Tendenz aufs kolossalste zu Schwindel und Privatbereicherung ausgebeutet; aber auch durch London, Manchester, Liverpool ist der Geist Haussmanns geschritten, und in Berlin und Wien scheint er sich ebenso heimisch zu fühlen. Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer wurden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teure Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen (73).«

4.

Die konkreten Ursachen der schwierigen Situation der Obdachlosen sind selbst Sozialarbeitern und Soziologen nicht genau bekannt, da die Forschungen noch quantitativ und qualitativ unzureichend sind, vor allem gesamtgesellschaftliche Aspekte ausklammern.

Daher liegt die Gefahr nahe, daß sich auch Soziologen und Sozialarbeiter – ebenso wie die Öffentlichkeit – bei der Interaktion mit Obdachlosen an Merkmalen orientieren, die nicht kausal für Obdachlosigkeit sind, sondern als Folge- oder Begleiterscheinungen auftreten (Kriminalität, Art der Haushaltsführung, Leistungsmotivation etc.). Dies wird überaus deutlich an den wichtigsten Ergebnissen von Peter Höhmann »Zur Integration marginaler Gruppen« (74), die er zur Frage der Beurteilung der Obdachlosen durch die umgebende Bevölkerung und zu den Meinungen von Obdachlosen und »Normalbevölkerung« über Einweisungsgründe erhoben hat. Abgesehen davon, daß die Interaktion bzw. die Intervention auf dieser Basis nichts anderes darstellt als eine repressive Form sozialer Kontrolle (75), die – wegen ihrer falschen diagnostischen Basis – zur Erfolglosigkeit verurteilt wäre, interpretiert der betroffene Obdachlose – mit Recht – diese »Behandlung« als Diskriminierung und reagiert entsprechend; bestätigt damit die (latenten) Erwartungen der Sozialarbeiter etc., so daß der teuflische Kreis geschlossen wird (76).

5.

Die *soziale Kontrolle*, die von Sozialarbeitern über Obdachlose ausgeübt wird – jedenfalls traditionellerweise –, hebt nicht das – wie oben vielfach belegt – ohnehin schon sehr angeschlagene Selbstwertgefühl, die Erfolgsorientierung des Obdachlosen, sondern gefährdet diese. Die vorliegenden Hausordnungen, der rechtliche Minderstatus der Obdachlosen (77), die totale Abhängigkeit der Obdachlosen von der Strukturierung der Situation durch die eingespielten Sozialamtspraktiken (78) sind tendentiell durchaus geeignet, die Rehabilitierung des Obdachlosen zu verhindern. Um so mehr bzw. vielleicht gerade deswegen verwundert es, daß sich die Sozialämter bzw. die jeweils zuständigen Verwaltungsstellen in der Regel überaus vehement gegen jede »Liberalisierung« dieser Rahmenbedingungen wenden, obwohl qualifizierte

Rechtsgutachten die Möglichkeit bzw. sogar die rechtliche Notwendigkeit deutlich nachgewiesen haben (79). Gerade solche Fakten sind es, die Material für »Theorien« liefern, die darauf hinauslaufen, daß ein beträchtlicher Anteil von Obdachlosen an der Gesamtgesellschaft von den Instanzen der sozialen Kontrolle bzw. den Sachwaltern des gesellschaftlichen status quo bewußt in Kauf genommen wird: »Um die aus der kapitalistischen Produktionsweise resultierenden Widersprüche zu verschleiern und Krisensituationen zu vermeiden und abzumildern, bedient sich das System eines Instrumentariums der Disziplinierung (80).« Dieses Instrumentarium sieht nach Ansicht der Vertreter dieser »Theorie« so aus, daß bewußt Vorurteile aufgebaut und gepflegt werden, damit die Ableitung der Aggressionen der Ausgebeuteten auf Minderheiten funktioniert; was bei der Problemgruppe Obdachlose deshalb besonders leicht zu bewerkstelligen sei, weil diese Gruppe sich dadurch auszeichne, daß sie gesellschaftliche Normen negiere, die von der Allgemeinheit unter großen Mühen oder Versagungen erfüllt würden (81). Die Argumentation beruht ferner auf der – offensichtlich nicht ganz falschen – Annahme, daß das Wirtschaftssystem in spätkapitalistischen Gesellschaften nicht fähig ist, die Wohnungsfrage zu lösen, sondern sich durch überhöhte Bodenpreise, überhöhte Mieten, geringe Wohnungsqualität, Wohnungsnot auszeichnet. »Um an den Mißständen in diesem Teilbereich nicht den Grundwiderspruch des Gesamtsystems erkennbar werden zu lassen und dieses damit zu gefährden, ergreift der Staat Regulierungsmaßnahmen (82).« Als solche sind anzusehen Subventionierung des Wohnungsbaues und der Mieten durch zinsverbilligte Kredite und Wohngeld, Erhöhung des Wohnungsangebotes durch den öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Diejenigen, die dennoch kein »Wohlverhalten« gegenüber dem System zeigen, verfallen der Diskriminierung, erfahren eine Bestrafung durch Verbannung ins Obdachlosenasyl. »Mietern, die den Belastungen des marktwirtschaftlichen Wohnungswesens nicht gewachsen, d. h. als Renditeobjekte nicht verwertbar sind, wird von der Gesellschaft aus humanitären Gründen das Recht auf Obdach zugestanden . . . Damit wächst dem Obdachlosenasyl eine ganz

besondere Funktion in bezug auf den Wohnungsmarkt zu. Diese Funktion besteht in: Bestrafung der Unangepaßten, relativer Belohnung der Angepaßten, Entlastung und Legitimation des Systems (83). « Nun, diese Theorie hätte eine gewisse Plausibilität für sich, wenn auch zu fragen ist, ob sich ähnliche Thesen noch vertreten lassen angesichts des neuen Mietrechts, dessen positive Konsequenzen sich schon recht deutlich abzeichnen (84), angesichts der durchgreifenden Änderung des Bodenrechts (85). Allerdings trifft es zu, daß das Angebot an »billigen« Wohnungen für wenig verdienende Lohnabhängige nahezu starr ist (86), daß immer noch »Wuchermieten« verlangt werden, die die Wohngeldhöhe als absolut inadäquat erscheinen lassen (87), ja daß die Bodenspekulation den Druck auf potentielle Obdachlose immer noch forciert und – wie das Beispiel Frankfurt zeigt – die Stadtverwaltungen und Stadtparlamente auf die getreue Einhaltung der (kapitalistischen) Spielregeln achten. Wenn wir diese Argumentation so ausgiebig vortragen und kommentiert haben, so deshalb, weil wir der Ansicht sind, daß jeder Versuch der Sozialarbeit mit Obdachlosen, der ohne Berücksichtigung dieser Strukturbedingungen konzipiert ist, zum Scheitern verurteilt sein muß. Das aber hätte zur Konsequenz, daß Sozialarbeit in Richtung Sozialpolitik, Wohnungsbaupolitik bzw. Gesellschaftspolitik verlängert werden muß, sofern man sich als Sozialarbeiter nicht dem Verdacht aussetzen will, Obdachlosigkeit habe tatsächlich die oben unterstellte Disziplinierungsfunktion – für die Obdachlosen selbst und für die potentiell Obdachlosen. Für alternative Praxismodelle der Sozialarbeit würde das bedeuten, außer den bisherigen Erweiterungen der »eingeführten« Methoden, wie sie sich vielleicht mit Aktivierungsmaßnahmen, Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit etc. kurz umschreiben lassen, direkt *politische* Arbeit in den Kommunen zu leisten, damit die Kommunen dazu veranlaßt werden, soweit wie möglich die sich zumindest auf Bundesebene heute abzeichnende antikapitalistische Boden-, Städtebau- und Wohnungsbaupolitik auf kommunaler Ebene zu unterstützen bzw. zu forcieren und nicht zu einer Stabilisierung des status quo beizutragen.

6.

Eine ähnliche Verbindung zur politischen Aktion zeichnet sich ab, wenn man sich der Frage der rechtlichen und medizinischen Situation der Obdachlosen zuwendet. Wir haben an anderer Stelle (88) bereits verschiedene Aspekte dieser Situation aufgezeigt und wollen uns daher hier nicht wiederholen, sondern darauf verweisen, daß, abgesehen von dieser »politischen« Arbeit, eine Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Praxis durch die Einrichtung von Stellen für Sozialwissenschaftler zu fördern wäre, die vor allem Beratungsfunktionen übernehmen könnten, wie das Franz-Xaver Kaufmann (89) auf Grund von Überlegungen über das Verhältnis von Sozialpolitik und Sozialarbeit empfiehlt. Weitere Überlegungen zu diesem Problem wären notwendig, können hier jedoch leider nicht entwickelt werden.

7.

Das in den letzten Jahren – bis auf wenige neueste Ausnahmen – nahezu allgemein übernommene Dreistufenmodell der Obdachlosenarbeit verringert u. E. die Reintegrationschancen für einen erheblichen Teil der Obdachlosen, obwohl bzw. gerade weil die von den Sozialarbeitern gewählten Kriterien für die Einstufung problematisch sind, weil sie nur wenige Chancen zur Operationalisierung bieten; es sei denn, man orientiert sich nahezu ausschließlich an der Regelmäßigkeit der Erfüllung finanzieller Verpflichtungen durch die Obdachlosen (90).

Die Vorstellung, die schrittweise Verbesserung der Unterbringung der Obdachlosen je nach dem Grad des Wohlverhaltens werde durch den Aufbau von Belohnungssystemen einen Stimulus setzen, der ausreicht, eine Änderung des Verhaltens der Obdachlosen zu bewerkstelligen, ist nicht realistisch. Wie sich aus den vorliegenden Daten ablesen läßt, geschieht mindestens tendentiell die Besserstellung nach dem Kriterium der Zahlungsmoral bzw. -fähigkeit der Obdachlosen, gerade diese bzw. ihr Gegenteil ist jedoch Hauptursache für die Obdachlosigkeit. Es ist u. E. eine merkwürdige Überlegung der bisherigen Praxis, wenn sie – ohne an der Ursache der Obdachlosigkeit etwas zu verändern – abwartet, bis sich das, was zur Einweisung geführt hatte, von selbst abmildert, solange jedoch die Obdachlosen den Bedingungen ausgesetzt, von denen schon

die Alltagserfahrung weiß, daß sie diesen »Besserungsprozeß« nicht nur nicht fördern, sondern sogar blockieren. Wenn wir die weiter oben dargelegten Forschungsergebnisse noch einmal aufgreifen, so können wir, bezogen auf diese konkrete Frage, m. E. nur zu folgender Aussage kommen: Wenn die Anomie der Obdachlosen durch die Obdachlosigkeit bedingt wäre, dann spräche alles dafür, im Interesse einer möglichst schnellen Reintegration der Obdachlosen, die eine weitere Verschlechterung der sozio-ökonomischen und psychischen Befindlichkeit vermeiden helfen soll, durch finanzielle Förderung bzw. Unterstützung die Obdachlosigkeit zu beenden. Wenn die Anomie auf der individuellen Ebene die Ursache für die Obdachlosigkeit wäre, dann empfähle es sich – angesichts der Tatsache, daß die Anomie nachweislich durch die Obdachlosigkeit noch zunimmt – ebenfalls, durch finanzielle Unterstützung zumindest die Obdachlosigkeit zu beseitigen, damit durch sonstige sozialarbeiterische bzw. sozialpädagogische Maßnahmen der Grad der Anomie korrigierbar wäre.

Es gäbe eine Reihe von anderen Gründen, die dem Dreistufenmodell die Sinnfälligkeit bestreiten können, auf die wir jedoch hier nicht eingehen wollen, weil Fritz Haag (91) sie schon recht ausgiebig vorgetragen und diskutiert hat. Eine abschließende Beurteilung der bisherigen Praxis dürfte zu einem negativen Ergebnis gelangen, ohne daß jedoch zur Zeit ausgereifte und wissenschaftlich exakt begründbare Alternativen vorlägen.

● Versuchen wir ein knappes Fazit unserer Überlegungen zu ziehen, so können wir u. E. festhalten, daß trotz eines erheblichen Forschungsdefizites zumindest insofern Empfehlungen für die Praxis formuliert werden konnten, als einige bisherige Praxismodelle deutlich in Frage gestellt und die Richtungen für die Entwicklung von Alternativen aufgezeigt wurden. Wichtig scheint uns dabei vor allem zu sein, daß die Diskussion dieser Alternativen immer vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge zu geschehen hat, die wir im Rahmen dieses Aufsatzes zumindest partiell anzudeuten versucht haben (92). Wenn es (leider!) nur Andeutungen geblieben sind, dann deshalb, weil die

vorliegenden Arbeiten und Überlegungen u. E. nicht soweit gediehen sind, daß man sich einer Aussage wie der von Engels »Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen, gibt es nur *ein* Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen (93)« – vorbehaltlos anschließen könnte, zumal Engels wenige Seiten später (94) selbst ausführt: »Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen »Wohnungsnot« sofort abzuhefen. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.« Der zweite Satz dieses Zitats deutet u. E. Chancen an, daß auch eine Gesellschaft, in der die Unterdrückung der arbeitenden Klassen nicht vollends aufgehoben ist, durch Intervention des Staates Wohnungsnot und Obdachlosigkeit beseitigen könnte.

Anmerkungen:

- 1 Unsere Position in dieser Frage ist der Zetterbergs ganz ähnlich. Vgl. Hans L. Zetterberg, Theorie, Forschung und Praxis in der Soziologie, in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 64–104
- 2 Vgl. eine Liste von wichtigen Themenkreisen im Vorwort von: Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hrsg.), Randgruppenarbeit, Analysen und Projekte aus der Arbeit mit Obdachlosen, München 1973, S. 7–15.
- 3 Vgl. u. a. René König, Soziologie als Oppositionswissenschaft und als Gesellschaftskritik, in: ders., Soziologische Orientierungen, Köln-Berlin 1965, S. 17–28.
- 4 Dies gilt noch am ehesten für das Gebiet der Kriminalität, obwohl auch in diesem Bereich noch eine große Konfusion herrscht. Vgl. u. a. Fritz Sack, Probleme der Kriminalsoziolo-

- gie, in: René König (Hrsg.), *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 2, Stuttgart 1969, S. 961–1049; sowie Werner Springer, *Kriminalitätstheorien und ihr Realitätsgehalt*, Stuttgart 1973. Dabei ist jedoch festzuhalten, daß es frühe und sehr fundierte Ansätze zu einer empirischen Armutsforschung in England gegeben hat, die noch heute faszinierend wirken. Vgl. u. a. Henry Mayhew, *London Labour and the London Poor*, 4 Bde, London 1967; Charles Booth, *Life and Labour of the People in London*, 3 Series, 3. Aufl. in 17 Bden, London 1902/3. Nur in England hat sich diese Tradition einigermaßen kontinuierlich entwickeln können. In den USA und in Deutschland gab es jeweils sehr markante Brüche. Vgl. dazu u. a. Günter Albrecht, *Die »Subkultur der Armut« und die Entwicklungsproblematik*, in: René König (Hrsg.), unter Mitarbeit von Günter Albrecht, Wolfgang S. Freund und Dieter Fröhlich, *Aspekte der Entwicklungssoziologie*, Sonderheft 13 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Köln-Opladen 1969, S. 430–471.
- 5 Vgl. zur Obdachlosigkeit u. a. Otto Blume, *Die Obdachlosen von Köln*, Göttingen 1960; Ursula Adams, *Nachhut der Gesellschaft*, Freiburg 1971 (zuerst Römlinghoven 1966, Msk.).
- 6 Dies gilt sowohl für die Arbeit von Blume als auch die von Adams.
- 7 Vgl. dazu u. a. J. Stralau, *Wiedereingliederung von Obdachlosen*, in: *Der Städtetag* 1957, Nr. 6, S. 243ff.; U. Brisch, *Moderne Formen der Jugend- und Familienhilfe in sozialen Brennpunkten*, in: *Fortbildungsstrategien für Fachkräfte in Tageseinrichtungen für Kinder in sozialen Brennpunkten*, hrsg. vom Landesjugendamt Rheinland, Köln 1969; *Hinweise zur Obdachlosenhilfe*, hrsg. vom Deutschen Städtetag, Köln 1968; vgl. kritisch dazu u. a. Peter Franz, *Obdachlosenhilfe des Deutschen Städtetages*, Diskussionspapier zum Symposium des Arbeitskreises Junger Kriminologen, in Rheda, im April 1972.
- 8 Da sie uns nicht in ausführlicher Form zugänglich waren, mußten wir in diesem Zusammenhang leider auf die ganz offensichtlich wichtigen Arbeiten von D. Krebs, *Obdachlosigkeit – Eine soziologische Untersuchung*, unveröffentl. Diss., Univ. Mannheim 1971, und Rudolph Bauer, *Studie für einen Sozialen Entwicklungsplan im Bereich der Mariothsiedlung (Lohwaldsiedlung)*, Offenbach/Main, als Msk. gedruckt von der Beschaffungsstelle der Stadt, Juli 1970, verzichten. Zur Information über diese Arbeiten vgl. u. a. Dagmar Krebs und Siegfried Röck, *Darstellung und Diskussion der Ergebnisse der Obdachlosenuntersuchung in Mannheim*, in: *Kriminologisches Journal*, 4. Jg., 1972, S. 171–184; sowie Rudolph Bauer, *Aspekte der wohnquartierbezogenen Sozialplanung*, in: *Arbeitskreis Junger Kriminologen* (Hrsg.), *Randgruppenarbeit*, a. a. O., S. 67–76.
- 9 Vgl. zum Begriff der »totalen Institution« die einschlägigen theoretischen und empirischen Forschungsarbeiten von Erving Goffman, *Asylums. Essays on the Social Situation of Mental Patients and Other Inmates*, Garden City, N. Y., 1961; darin speziell »On the Characteristics of Total Institutions«, S. 3–124; deutsch Frankfurt/M. 1972.
- 10 Leo Srole, *Social Integration and Certain Corrolaries*, in: *American Sociological Review* (ASR), Bd. 21, 1956, S. 709–716.
- 11 Fred L. Strodbeck, *Family Interaction, Values and Achievement*, in: David McClelland u. a. (Hrsg.), *Talent and Society*, New York 1958, S. 135–194.
- 12 Joseph A. Kahl, *Some Measurements of Achievement Orientation*, in: *American Journal of Sociology*, Bd. 70, 1965, S. 669–681.
- 13 Bernard C. Rosen, *The Achievement Syndrom*, in: ASR, Bd. 21, 1956, S. 203–211.
- 14 John Scanzoni, *Socialization, n-Achievement, and Achievement Values*, in: ASR, Bd. 32, 1967, S. 449–456.
- 15 Natürlich ist das nicht »Anomie« im herkömmlichen Sinne, sondern allenfalls »Anomia«, also individuelle Anomie, doch können wir uns hier nicht näher auf eine Diskussion einlassen. Zum Zusammenhang von Anomie, Entfremdung etc. vgl. Melvin Seeman, *On the Meaning of Alienation: Its Meaning and Measurement*, in: ASR, Bd. 24, 1959, S. 783–791; Dwight Dean, *Alienation: Its Meaning and Measurement*, in: ASR, Bd. 26, 1961.

- S. 753–758; sowie zur Diskussion der Interkorrelationen zwischen verschiedenen »Entfremdungsmaßen« J. L. Simmons, Some Intercorrelations Among »Alienation« Measures, in: *Social Forces*, Bd. 44, 1965/66, S. 370–372.
- 16 Vgl. u. a. L. A. Carr, The Srole Items and Acquiescence, in: *American Sociological Review*, Bd. 36, 1971, S. 287–293.
- 17 Vgl. Günter Albrecht, Obdachlose in Köln, Bericht über eine Längsschnittstudie, in: *Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hrsg.), Randgruppenarbeit*, a. a. O., S. 29–58; hier S. 39.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Günter Albrecht, Obdachlose . . . , a. a. O., S. 42.
- 21 Günter Albrecht, Obdachlose . . . , a. a. O., S. 40.
- 22 Günter Albrecht, Obdachlose . . . , a. a. O., S. 42.
- 23 Dies besagt das sog. »Thomas-Theorem« bzw. das Prinzip der »self fulfilling prophecy«. Vgl. dazu u. a. Robert K. Merton, The Self-Fulfilling Prophecy, in: ders., *Social Theory and Social Structure*, überarb. und erweiterte Aufl., New York 1957, S. 421–436; Daya Krishna, »The Self-Fulfilling Prophecy« and the Nature of Society, in: *American Sociological Review*, Bd. 36, 1971, S. 1104–1107.
- 24 Günter Albrecht, Obdachlose . . . , a. a. O., S. 45.
- 25 Ders., a. a. O., S. 37.
- 26 Fritz Haag, Wohnungslose Familien in Notunterkünften. Soziales Bezugsfeld und Verhaltensstrategien, München 1971.
- 27 Ebd., S. 105.
- 28 Ebd., S. 109.
- 29 Gemessen wurde Mißerfolgsorientierung bei Haag u. a. mit Fragen wie: »Ist es für Sie praktisch aussichtslos, hier aus der Wohnunterkunft herauszukommen?« (Haag, a. a. O., S. 144, Frage 30).
- 30 Fritz Haag, Wohnungslose Familien . . . , a. a. O., S. 109–110.
- 31 Vgl. dazu u. a. Günter Albrecht, Die »Subkultur der Armut« . . . , a. a. O.; sowie ders., Obdachlose . . . , a. a. O., S. 55–56, Fußnote 27.
- 32 Günter Albrecht, Strukturen und Prozesse der Obdachlosigkeit, in Vorbereitung. Die Daten, auf denen diese Arbeit beruht, stammen aus zwei unter Anleitung durch den Autor durchgeführten Diplomarbeiten: a) Ina-Maria Hellwig, Ansätze zur Erklärung von Obdachlosigkeit im Rahmen einer Replikationsstudie über Kölner obdachlose Familien, Diplomarbeit, Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln 1969; b) Edeltraut Teske, Die Auswirkungen der Obdachlosigkeit auf Kölner Familien – Eine Replikationsstudie, Diplomarbeit, Forschungsinstitut für Soziologie der Universität Köln 1969.
- 33 Günter Albrecht, Strukturen u. Prozesse, a. a. O.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Fritz Haag, Wohnungslose Familien, a. a. O., S. 104.
- 37 Ebd., S. 106.
- 38 Ebd., S. 106.
- 39 Ebd., S. 107.
- 40 Günter Albrecht, Strukturen und Prozesse, a. a. O.
- 41 Ebd.
- 42 Ebd.
- 43 Fritz Haag, Wohnungslose Familien, a. a. O., S. 109.
- 44 Fritz Haag, Wohnungslose Familien, a. a. O., S. 86/87.
- 45 Günter Albrecht, Strukturen und Prozesse, a. a. O.
- 46 Ebd.
- 47 Ebd.
- 48 Ebd.
- 49 Peter Höhmann, Zur Integration marginaler Gruppen. Eine Studie zum Vorfeld abweichenden Verhaltens, Bd. I: Forschungsbericht, Mskr. Regensburg 1972, S. 166.
- 50 Hans Benninghaus, Soziale Einstellungen und soziales Verhalten. Zur Kritik des Attitüdenkonzeptes, in: *Soziologie . . . , Festschrift für René König*, hrsg. von Günter Albrecht, Hans-Jürgen Daheim u. Fritz Sack, Opladen 1973, S. 671–707.
- 51 Fritz Haag, Wohnungslose Familien, a. a. O., S. 38/39.
- 52 Vgl. dazu u. v. a. Severyn Bruyn, *The Human Perspective in Sociology*, Englewood Cliffs, N. J., 1966; Howard S. Becker und Blanche Geer, *Participant Observation and Interviewing*, in: J. G. Manis u. B. N. Meltzer (Hrsg.), *Symbolic Interaction*, Boston 1967; H. S. Becker u. B. Geer, *Participant Observation: The Analysis of Qualita-*

- tive Field Data, in: Richard N. Adams u. Jack D. Preiss (Hrsg.), *Human Organization Research: Field Relations and Techniques*, Homewood, Ill. 1960, S. 267–289; Leonard Schatzman u. Anselm L. Strauss, *Field Research. Strategies for a Natural Sociology*, Englewood Cliffs, N. J., 1973.
- 53 Vgl. Fritz Schütze, Werner Meinefeld, Werner Springer und Ansgar Weymann, *Grundlagentheoretische Voraussetzungen methodisch kontrollierten Fremdverstehens*, in: *Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen* (Hrsg.), *Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit*, Reinbek 1973.
- 54 Vgl. die Übersicht dazu bei Günter Albrecht, *Die »Subkultur der Armut« . . .*, a. a. O., S. 461, Anm. 45.
- 55 Vgl. zu den verschiedenen Vor- und Nachteilen einzelner Methoden u. a. Günter Albrecht, *Nicht-reaktive Messung und die Anwendung historischer Methoden in der Sozialforschung*, erscheint in: Jürgen van Koolwijk (Hrsg.), *Lehrbuch der Techniken der empirischen Sozialforschung*, München 1973.
- 56 Vgl. dazu einen kurzen Überblick bei Günter Albrecht, *Die »Subkultur der Armut« . . .*, a. a. O., S. 441–443.
- 57 Vgl. Bericht eines Bewohners der Parkstraße, in: *Arbeitskreis Junger Kriminologen* (Hrsg.), *Randgruppenarbeit*, a. a. O., S. 97–112; mit Vorbemerkungen von Herbert E. Colla, ebd., S. 94–96.
- 58 Vgl. dazu u. a. die recht gut gelungene Diplomarbeit von Ulrich Gerke, *Das Konzept der Typifikation und seine Anwendung und Analyse im Bereich abweichenden Verhaltens*, illustriert an empirischem Material, Diplomarbeit an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, WS 1972/73.
- 58a Peter Höhmann, *Zur Integration marginaler Gruppen*, a. a. O.
- 59 Peter Höhmann, *Zur Integration . . .*, a. a. O.
- 60 Fritz Haag, *Wohnungslose Familien*, a. a. O.
- 61 Günter Albrecht, *Obdachlose in Köln*, a. a. O.; ders., *Strukturen und Prozesse . . .*, a. a. O.
- 62 Vgl. dazu u. a. P. A. Clark, *Action Research and Organizational Change*, London 1972. Die Literatur über Interventionsstrategien bei Armutsproblemen ist recht groß, aber meist relativ wenig auf exakten Begleitstudien aufgebaut. Vgl. zu Interventionsstrategien u. a. die Beiträge in Harvey A. Hornstein, Barbara B. Bunker, W. Warner Burke, Marion Gindes und Roy J. Lewicki, (Hrsg.), *Social Intervention. A Behavioral Science Approach*, New York-London 1971.
- 63 Mao-Tse-tung, *Über die Praxis*, *Ausgewählte Werke*, Bd. 1, S. 353.
- 64 Die »kritische« Perspektive wird bei meinen bisherigen Arbeiten allenfalls im Hinweis auf die mit der Subkulturtheorie teilweise implizierte Verschleierungstendenz der Verursachung von Armut, Kriminalität etc. sowie in den Belegen über den Zusammenhang zwischen Sanierungsvorhaben, Kapitalinteressen und Entstehung von Obdachlosigkeit durch die Auslieferung der Lohnabhängigen an die Gesetze des kapitalistischen Wohnungsmarktes deutlich. Vgl. dazu G. Albrecht, *Die »Subkultur der Armut« . . .*, a. a. O., S. 440–456; ders., *Obdachlose in Köln*, a. a. O., S. 47, S. 56–57. Ohne Zweifel ist das erst ein sehr bescheidener Ansatz, den wir jedoch vorantreiben wollen.
- 65 Vgl. dazu Statistische Berichte des Landes NRW (Obdachlosigkeit in NRW), vom 4.10. 1971, F II/S-j/71, S. 7.
- 66 Fritz Haag, *Wohnungslose Familien . . .*, a. a. O., S. 25–27.
- 67 Vgl. Herbert Hossmann, *Beurteilung und Selektion obdachloser Familien bei der Einweisung in kommunale Notunterkünfte*, in: *Kriminologisches Journal*, 4. Jahrg., 1972, S. 185–197.
- 68 Vgl. dazu die Ergebnisse der Arbeiten von Fritz Haag, Peter Höhmann u. G. Albrecht.
- 69 Vgl. dazu den Bericht in: *Westfalen-Blatt*, Nr. 301, vom 30. 12. 1972.
- 70 Vgl. dazu den Bericht in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 6, vom 9. 1. 1973, S. 13: »Die Münchner Mieter verschenken jährlich 10 Millionen Mark.« Vgl. dazu ferner den Bericht im *Westfalen-Blatt*, Nr. 49, vom 27. 2. 1973: »Beamte helfen bei der Wohngeld-Berechnung«, in dem vom Leiter der Bielefelder Wohngeldabteilung ebenfalls die Vermutung geäußert wird, daß es auch in Bielefeld Tausende gibt, die trotz Anspruchs kei-

- nen Antrag auf Wohngeld gestellt haben.
- 71 Vgl. dazu als Beiträge unter vielen anderen die Beiträge zum Thema »Planen, Bauen, Wohnen«, in: Kursbuch 27, Mai 1972; ebenso die Beiträge in: Büro für Stadtanierung und soziale Arbeit (Hrsg.), Sanierung – für wen? Gegen Sozialstaatsopportunisten und Konzernplanung, 2. erw. Aufl. Berlin 1971; ferner die Beiträge in: Hans G. Helms und Jörn Jansen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied-Berlin 1970; sowie vor allem: Autorenkollektiv an der Architekturabteilung der ETH Zürich, »Göhnerswil«. Wohnungsbau im Kapitalismus, Zürich 1972.
- 72 Vgl. dazu u. a. C. Wolfgang Müller und Peter Nimmermann (Hrsg.), Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit. Texte und Dokumente, München 1971.
- 73 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, in: Marx/Engels Werke, Bd. 18, Berlin 1971, S. 209–287, hier S. 215 (zuerst 1872). Wer sich davon überzeugen will, daß Engels hier sehr klar gesehen hat, der sichte die sozialökologische Literatur der letzten Jahrzehnte (einen Überblick dazu geben u. a. Amos H. Hawley, Theorie und Forschung in der Sozialökologie, in: René König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 1, 2. Aufl. Stuttgart 1967, S. 480–497, S. 759–762; sowie Günter Albrecht, Sozialökologie, (erscheint Reinbek 1974) bzw. die deutschen Tageszeitungen. Einzelne Nachweise finden sich bei Günter Albrecht, Strukturen und Prozesse . . .
- 74 Peter Höhmann, Zur Integration marginaler Gruppen . . ., a. a. O., S. 44–97, S. 122–131.
- 75 Vgl. Joachim Matthes, Sozialarbeit und soziale Kontrolle: Bemerkungen zu einem umstrittenen Thema, in: Mens en Maatschappij, Bd. 43, 1968, S. 100–109; wieder abgedruckt in: Hans-Uwe Otto und Siegfried Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 1, Neuwied-Berlin 1973, S. 107–128; Roland J. Chilton, Social Control Through Welfare Legislation: The Impact of a State »Suitable Home Law«, in: Law and Society Review, Bd. 5, 1970, S. 205–224; Joachim Matthes, Soziale Stereotype in der Theorie der Fürsorge, in: Soziale Welt, Bd. 13, 1962, S. 139–153; wieder abgedruckt in: Hans-Uwe Otto und Siegfried Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 1, Neuwied-Berlin 1973, S. 193–212.
- 76 Dieser Ablauf wäre zu erklären mit dem Konzept der »sekundären Devianz«. Vgl. u. a. Edwin M. Lemert, The Concept of Secondary Deviation, in: ders., Human Deviance, Englewood Cliffs, N. J., 1967; John I. Kitsuse, Societal Reaction to Deviant Behavior: Problems of Theory and Method, in: Howard S. Becker (Hrsg.), The Other Side, New York-London 1964, S. 87–102; Edwin M. Schur, Labeling Deviant Behavior. Its Sociological Implications, New York etc. 1971; Günter Albrecht, »Die Erklärung« von Devianz durch die »Theorie« des Symbolischen Interaktionismus – Neue Perspektiven und alte Fehler, in: Soziologie . . . Festschrift für René König, hrsg. von Günter Albrecht, Hansjürgen Daheim und Fritz Sack, Opladen 1973, S. 775–803; sowie im engeren Sinne bezogen auf Sozialarbeit: Fritz Sack, Abweichendes Verhalten aus soziologischer Sicht – Folgen für die Sozialarbeit, in: Hans-Uwe Otto und Siegfried Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Bd. 1, S. 129–149.
- 77 Vgl. dazu u. a. Dietrich Schwarze und Anselm Weidner, Die soziale Situation Obdachloser, in: Kritische Justiz, Heft 4, 1970, S. 406–414; U. Adams, Rechtsprechung zum Obdachlosenproblem, in: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für Öffentliche und Private Fürsorge, 47. Jg., 4, S. 124ff.
- 78 Vgl. die Reaktionen auf Versuche der Übernahme von Entscheidungen bzw. der Artikulation des Anspruchs auf eigenständige Interessenvertretung bei Prodosh Aich und Otker Bujard, Soziale Arbeit. Beispiel Obdachlose. Eine kritische Analyse, Köln-Berlin 1972.
- 79 Vgl. dazu vor allem Pedro Graf und Manfred Zalfen, Gutachten zu einer Unterkunftssatzung, in: Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hrsg.), Randgruppenarbeit . . ., a. a. O., S. 77–93.
- 80 Architektengruppe Darmstadt, Zum Wohnen Obdachloser, Deutsches Heimstättenwerk, Bonn o. J., S. 13.
- 81 Ebd., S. 14.

- 82 Ebd., S. 14.
- 83 Ebd., S. 15.
- 84 Vgl. u. a. folgende Berichte: Heiner Müller, Meist gibt der Richter den Mietern recht. Positive Erfahrungen mit dem neuen Kündigungsschutzgesetz/Weniger Willkür auf dem Wohnungsmarkt, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 298, vom 28. 12. 1972, S. 17; »Bundesregierung will Kündigungsschutz beibehalten. Regelungen zugunsten der Mieter haben sich sehr bewährt / Für Geltung über 1974 hinaus«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 47, 26. 2. 1973, S. 8. Vgl. dagegen die Forderungen der Haus- und Grundbesitzer, die offensichtlich von der Funktion des Staates eine andere Vorstellung haben, so daß die Darstellung des Staates als des Wählers der Kapitalinteressen zumindest seit der Regierung der sozial-liberalen Koalition eine Differenzierung verlangt: »Hausbesitzer fordern: Kündigungsschutz soll auslaufen«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 87, vom 13. 4. 1973, S. 18.
- 85 Vgl. dazu u. a. »Vogel nennt Bodenrecht als Schwerpunkt«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 32, vom 8. 2. 1973, S. 1 und S. 2; »Demokratische Ordnung gegen den Terror«, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 80, vom 4. 4. 1973, S. 9; »Nüchterne Aussichten für die Bodenreformer«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 10, vom 13./14. 1. 1973, S. 4.
- 86 Vgl. dazu die Beiträge: »Wohnungsbestand für untere Einkommenschichten bleibt starr«, in: Neue Westfälische, Nr. 83, vom 7. 4. 1972. Andererseits geht seit Jahren der Anteil des Staates an der Finanzierung des Wohnungsbaus zurück (vgl. u. a. »Über 500 Milliarden Mark für den Wohnungsbau«, in: Westfalen-Blatt, Nr. 80, vom 4. 4. 1973, S. 2), ja der Soziale Wohnungsbau steckt in einem großen finanziellen Engpaß (vgl. u. a. »Sozialer Wohnungsbau in der Krise«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 51, vom 2. 3. 1973, S. 17). Gleichzeitig müssen die folgenden Tatsachen beachtet werden: Etwa 100 000 Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues sind fehlbelegt, d. h. sie werden von Personen belegt, die wegen ihres gegenwärtigen Einkommens eigentlich nicht mehr dazu berechtigt wären (vgl. u. a. Walter Friedrich, Unter den Teppich gefegt. Das Tabu der fehlsubventionierten Sozialwohnungen, in: Deutsche Zeitung, Nr. 50, vom 15. 12. 1972, S. 16). Auf der anderen Seite führt das Förderungssystem des Sozialen Wohnungsbaues zu dem merkwürdigen Tatbestand, daß bei den Wohnungen des sozialen Wohnungsbaues innerhalb von 12 Jahren Mieterhöhungen bis zu 140 Prozent vorkommen (vgl. u. a. »Merk kritisiert Bundesminister Vogel«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 300, vom 31. 12. 1973, S. 7), so daß man heute schon vielfach vom unsozialen Sozialen Wohnungsbau spricht, der immerhin in Großstädten schon jetzt Preise von 6,50 Mark pro qm verlangt. Gleichzeitig werden jedoch Fälle bekannt, in denen trotz der großen Nachfrage nach Wohnungen Sozialwohnungen leer bleiben. Dies hat seine Gründe jedoch darin, daß bei der Planung dieser Wohnungen nach Lage, Verkehrsverbindung, Ausstattung etc. in keiner Weise den Bedürfnissen der potentiellen Nachfrager Rechnung getragen wird.
- 87 Vgl. u. a. »Hyänen des Wohnungsmarktes am Werk . . . Die Behörden stehen meist tatenlos abseits«, in: Neue Westfälische Nr. 82, vom 6. 4. 1973; »132facher Gewinn in 20 Jahren an einem Münchner Grundstück«, in: Neue Westfälische, Nr. 82, vom 6. 4. 1973; »Millionenverdienst mit alten Häusern«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 79, vom 4. 4. 1973, S. 7; vor allem aber »Entwicklung der Mieten eilt dem Wohngeld davon«, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 78, vom 3. 4. 1973, S. 15.
- 88 Günter Albrecht, S. 48–49.
- 89 Franz-Xaver Kaufmann, Zum Verhältnis von Sozialarbeit und Sozialpolitik, in: Hans-Uwe Otto und Siegfried Schneider (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, a. a. O., S. 87–104.
- 90 Vgl. dazu die Daten bei Peter Höhmann, Zur Integration . . . , a. a. O.; Günter Albrecht, Strukturen und Prozesse, a. a. O., sowie die Bemerkungen von Fritz Haag, Wohnungslose Familien, a. a. O., S. 25–27.
- 91 Fritz Haag, Hypothesenkatalog für Forschungen zum Problem der Übergangswohnungen für Familien aus

nicht übereinstimmen. Da das Individuum nach innerer Harmonie strebt, entsteht bei auftretender Dissonanz im Individuum die Tendenz, diese zu reduzieren, d. h. eine Übereinstimmung der kognitiven Elemente herbeizuführen.

Die Dissonanztheorie kommt so u. a. zu folgenden Ergebnissen: Je stärker die Dissonanz, desto größer ist die Tendenz, sie zu reduzieren und je größer die Bedeutung dissonanter Elemente, desto größer ist auch die Dissonanz.

Für die Reduzierung der Dissonanz stehen dem Individuum verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, z. B. die Suche nach konsonanten Informationen. So lesen neue Autobesitzer die Anzeigen ihres eigenen Autos viel häufiger als die Anzeigen der Autos, die in Erwägung gezogen, aber nicht gekauft wurden (3).

Bei jeder Einstellungsänderung tritt Dissonanz auf, die eine Tendenz zu ihrer Reduktion hat (4); dies führt auch zu einer Reduktion von Einstellungsänderungen, so daß Einstellungskonservierungen entstehen. Einstellungen werden dann verändert, wenn die neuen Einstellungen eine größere Möglichkeit dauerhafter Lustmaximierung und Unlustminimierung versprechen. Dabei werden in der Hierarchie der Bedürfnisse diejenigen zuerst befriedigt, die momentan bedeutsamer sind und größere Lustbefriedigung gestatten. Obwohl bei jeder Einstellungsänderung Dissonanz entsteht, ist sie nur dann dysfunktional, wenn sie vom Grundaxiom wegführende Attitüden und Verhaltensweisen bewirkt.

Die Verhinderung von Einstellungsänderung wird durch Abwehrmechanismen bewirkt, die somit eine Funktion der Dissonanzreduktion haben. Die Dissonanztheorie fragt jedoch nur nach den äußeren Bedingungen von Einstellungsänderungen und nimmt die Verzerrung der Kommunikation kritiklos hin, wobei sie auch die Anpassung eines Individuum an eine negative Situation als dissonanzreduzierende Lösung anerkennt, weil sie nicht die ursprünglichen Motive berücksichtigt, weswegen man sie durch psychoanalytische Ergebnisse vertiefen muß. Dabei gehe ich von einem psychoanalytischen Konfliktschema aus, indem ich die psychoanalytischen Instanzen durch eine soziale Instanz erweitere, die aber außen verbleibt und nicht, wie das Über-Ich, internalisiert wird und sich im Individuum repräsentiert. Diese Instanz ist die Außenwelt.

Die Abwehrmechanismen verbinden Soziologie und Psychoanalyse mit der Dissonanztheorie, die durch empirische Überprüfung psychoanalytischer Theoreme zu deren wissenschaftlicher Brauchbarkeit beitragen kann.

Um die motivationalen Determinanten der Einstellung und des Einstellungswandels zu erfassen, wurden eine Reihe von Arbeiten im Grenzbereich zwischen Psychoanalyse und Dissonanztheorie durchgeführt (5) und die motivationale Basis der Einstellungen (6) untersucht, um von daher eine funktionale Theorie der Einstellungen zu entwickeln.

Nach Katz (7) sind die vier Hauptfunktionen einer Einstellung:

1. instrumentale oder Anpassungsfunktion (instrumental, adjustive function)
2. Selbstverteidigungsfunktion (ego-defensive function)
3. Bewertungsfunktion (value-expressive function)
4. Wissensfunktion (knowledge function)

● Aus der Anpassungsfunktion einer Einstellung folgt, daß das Individuum danach strebt, möglichst viele Belohnungen und wenige Strafen zu erhalten. Die Selbstverteidigungsfunktion (egodefensive function) schließt die Verdrängung der inneren Realität des Individuums und die Gefahren der Außenwelt ein. Die Abwehrmechanismen mildern die Heftigkeit der Konflikte und schützen das Individuum vor dem Zusammenbruch (8). Die Bewertungsfunktion der Einstellungen dient zur Bestätigung der Ich-Identität, oder falls diese zu schwach ist, zur Projektion auf eine Gruppen-Identität.

Die Wissensfunktion kommt aus dem Bedürfnis nach Reduktion sozialer Komplexität und führt zu Formeln und Schemata, die die Umwelt strukturieren. Darauf baut das Bildungswesen auf, das der Umwelt eine erkennbare Struktur verleiht, um sie damit beeinflussen zu können. Auch können neue Erfahrungen alte Vorurteile revidieren, wenn auch die Beziehung zwischen einer Einstellungsänderung und dem Gesamtverhalten eines Menschen gering ist. So bewirkt z. B. die Verringerung von Vorurteilen gegenüber einer Minoritätengruppe noch keine allgemeine Verringerung von Vorurteilen gegenüber Minoritäten.

Notunterkünften, in: Arbeitskreis Junger Kriminologen (Hrsg.), Randgruppenarbeit . . . , a. a. O., S. 59–66.

- 92 Ausdrücklicher sind die Zusammenhänge entwickelt bei Henner Hess und Achim Mechler, Ghetto ohne Mauern, Ein Bericht aus der Unterschicht, Frankfurt 1973; Walter Hollstein, Sozialarbeit im Kapitalismus. Themen und Probleme, in: ders. und Marianne Meinhold (Hrsg.), Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, Frankfurt 1973, S. 9–43; Henner Hess, Zur Soziologie der Obdachlosen: Elemente strukturellen Zwanges in der Reproduktion von Armut, in: Walter Hollstein und Marianne Meinhold (Hrsg.), a. a. O., S. 153–166; womit allerdings nicht unser Einverständnis mit allen Ausführungen dieser Autoren erklärt sein soll. U. E. bedarf es einer erheblich differenzierteren Darstellung und einer umfangreichen Erarbeitung der vorhandenen empirischen Forschungen außerhalb der BRD.
- 93 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, a. a. O., S. 213.
- 94 Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage, a. a. O., S. 226–227.

Verf.: Günter Albrecht

Gunter Runkel

Abwehrmechanismen als Dissonanz-Reduktion

Widerstände bei Einstellungsänderung

● Um politische Sozialisation und Einstellungswandel begreifen zu können, wie dies z. B. in der Dissonanztheorie beabsichtigt wird, muß man auf die psychischen Grundmuster zurückgehen und dort insbesondere die Abwehrmechanismen untersuchen, die sich gegen eine Emanzipation des Individuums stellen oder die eine Emanzipation erst ermöglichen. Emanzipation bedeutet hier Befreiung des Menschen aus seiner Unmündig-

keit zu Lustfähigkeit und Ich-Stärke hin und Entzerrung der Kommunikation im und zwischen den Menschen, wodurch die Bedürfnisse ihre Sprachlosigkeit verlieren. Die unterdrückten Bedürfnisse sind aus der öffentlichen Kommunikation ausgeschlossen, wodurch die Kommunikation eines Individuums mit sich selber und mit anderen unterbrochen ist. Da die durch Herrschaft bedingte Einschränkung öffentlicher Kommunikation einem subjektiven Schein von Freiheit nicht entbehren möchte, wird die Einschränkung der Kommunikation schon im Individuum selbst verankert (1).

Eine Selbstreflexion des Individuums über seine unterdrückten Bedürfnisse sieht diese durch Herrschaft bedingt an; individuelles Leiden wird als gesellschaftliches erkannt, und gesellschaftliche Unterdrückung repräsentiert sich wiederum im Individuum. Eine Folge dieser Unterdrückung ist das schwache Ich.

Da das Ich permanent gefährdet ist, unterliegt es dem Zwang zur Selbstbehauptung, wobei es die auftretenden Konflikte, die dann Dissonanz erzeugen, zu reduzieren versucht.

Für eine emanzipatorische politische Bildung und Sozialisation ist dabei das Hauptproblem die Überwindung derjenigen Abwehrmechanismen, die sich im Individuum gegen eine Veränderung traditioneller Einstellungen (Attitüden) wenden, weil dadurch zwangsläufig Dissonanzen entstehen, die das Individuum vermeiden möchte.

Dabei muß man von einer funktionalen Betrachtung des Einstellungswandels ausgehen. Um Funktionalität sinnvoll bestimmen zu können, muß man sie festmachen am Grundmechanismus der Lustmaximierung und Unlustminimierung, einem empirisch nachweisbaren Mechanismus der Bedürfnisbefriedigung. Eine Einstellungsänderung ist dann funktional, wenn sie größere Annäherung an diesen Grundmechanismus mit sich bringt; sie ist dysfunktional, wenn sie davon wegführt. Funktional in diesem Sinne ist dann nicht mehr instrumentell, sondern deckt sich mit dem Begriff der Emanzipation.

Die Dissonanztheorie (2) befaßt sich mit den Beziehungen kognitiver Elemente untereinander, d. h. den Sachverhalten, die ein Individuum über sich und seine Umgebung weiß. Dabei sind zwei kognitive Elemente konsonant, wenn sie übereinstimmen, und dissonant, wenn sie